



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/VII/166 - 22.7.1952

Hinweise  
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170  
Fernsprecher 37654-59  
Fernschreiber 037890

Der Verteidigungsplan des Erhr.v.Schweppenburg	S. 1
Seine Kgl.Hoheit - Botschafter der Republik	S. 3
Ein-Mann-Regierung Walter Ulbricht	S. 5

## Nun planen sie wieder ...

Zur Sandkastenstrategie eines deutschen "Panzerführers"

(sp) Die Zeit, in der die früheren deutschen Generale Memoiren schrieben, ist vorbei. Jetzt planen sie wieder, um sich für den Fall, daß die EVG Wirklichkeit werden sollte, zu empfehlen. So auch der vom "Abendpost"-Journalisten und Regierungspropagandisten, Wörner, als "Panzerführer" der Öffentlichkeit präsentierte Leo Freiherr Geyr von Schweppenburg.

Dieser ehemalige General äußert sich über "die Verteidigung des Westens", nachdem er während der EVG-Verhandlungen nicht nur dem CSU-Abgeordneten Strauß seinen Rat zur Verfügung stellte. Sollte den Panzerführer wirklich die "Nüchternheit" kennzeichnen, die im Vorwort gepriesen wird, so ist bei der "stilistischen Überarbeitung" seines Manuskriptes, (von der ebendort die Rede ist), nichts mehr davon übrig geblieben. Was die kleine Broschüre bringt, ist erstens die Strategie eines Sandkastenspiels, in dem nicht die Wirklichkeit, sondern willkürliche Annahmen die Ausgangspunkte sind und zweitens die bedingungslose Bejahung eines deutschen Wehrbeitrages, nachdem auf vielen Seiten für die Verteidigung des Westens Voraussetzungen genannt werden, die weder der EVG-Vertrag schafft noch ermöglichen kann.

Wenn das der Realismus der künftigen Kommandeure der Armeekorps einer europäischen Armee ist, so wird es eine Armee sein, in

der die militärischen Illusionen noch über die politischen hinausgehen. Einige Proben von der soldatischen Nüchternheit dieses Generals: Seine Strategie geht davon aus, daß 15 bis 20 deutsche "ortsanwesende Panzerdivisionen" bestehen, und daß die Armeekorps in eigenstaatlicher Hand blieben. Keine Partei würde einer anderen Regelung zustimmen, glaubt der darin bereits widerlegte General. Die Härte des spanischen Infanteristen ist für den früheren General ebenso unerlässlich wie die Beendigung der Schweizer Neutralität und wie, hinsichtlich der französischen Politik, die Eröffnung einer "neuen, unbeschriebenen Buchseite der europäischen Geschichte". Der Russe würde wahrscheinlich, so heißt es in dem Heftchen weiter, über den Balkan angreifen. (Offensichtlich würde er das tun, damit er nicht auf direktem Wege so schnell, wie es ihm möglich ist, zum Atlantik kommt!) So geht es in der Broschüre weiter. Würde man den Herrn General beim Worte nehmen, so müßte er den EVG-Vertrag bedingungslos ablehnen.

Aber am Schluß seiner Ausführungen tut er dann das Gegenteil. Was Schweppenburg über den "möglichen Gegner", über die "eigene Lage" und über den deutschen Wehrbeitrag sagt, ist ein Durcheinander von Spekulationen, Hypothesen, Widersprüchen und Hoffnungen. Die Antwort auf die Frage nach der wirklichen deutschen und europäischen Sicherheit gibt er so wenig, wie sie bisher der Bundeskanzler oder einer seiner Freunde geben konnte. Wenn Schweppenburg meint, die Masse des deutschen Volkes würde eine Verwendung als Kanonenfutter ablehnen, so sollte er den Menschen, die er ansprechen will, einmal sagen, wo in den Verträgen auch nur eine minimale Sicherheit dafür gegeben ist, daß die deutschen Kontingente im Falle eines Krieges auch nur die Chance einer anderen Verwendung hätten. Damit, daß die Militärs es den Politikern der Regierung gleich tun und mit Hoffnungen Tatsachen zudecken wollen, sind die militärischen Fragen nicht zu lösen.

Aber will man das überhaupt? Nach Lektüre der Ausführungen Schweppenburgs verstärkt sich unser Verdacht, daß die Kandidaten für mögliche Generalsposten von morgen bereit sind, auf jedem Weg zu marschieren, auf den man sie stellt. Die Grundzüge dieses Denkens sind bekannt: Die Verteidigung des Westens ist sichergestellt, denn sie soll es sein. Der EVG-Vertrag erspart Deutschland das Schicksal Koreas, - denn er soll es tun. Auf der politischen Ebene gibt es die Analogie: Die Bonner Verträge Dr. Adenauers führen zur deutschen Einheit - der Bundeskanzler sagt es.

+ + +

Königlich-bayerisch und königlich-spanisch

## Von unserem Rw-Spanien-Mitarbeiter

Wer eigentlich auf den, zweifellos originellen, Gedanken verfallen ist, die junge deutsche Bundesrepublik in der Hauptstadt Spaniens durch einen Prinzen königlichen Geblütes vertreten zu lassen, wird der deutsche Durchschnittsbürger wohl nie genau erfahren. Innenpolitisch gesehen, ist es zunächst einmal aufschlußreich, daß die Regierung der Bundesrepublik damit die bayerischen Legitimisten, die bekanntlich immer noch nicht ausgestorben sind, ihres betonten Wohlwollens versichert hat.

Man hat in Deutschland vielfach angenommen, daß die Ernennung eines nahen Verwandten des einstigen Königs Alfonso XIII. von Spanien eine diplomatische Taktlosigkeit sei. Diese Annahme ist irrig. General Franco ist keineswegs ein prinzipieller Gegner der Monarchie. Er hat es im Juli 1936 verstanden, alle monarchistischen Generäle der spanischen Armee zur Gefolgschaft in seinem Aufstand gegen die bürgerlich-republikanische Regierung Casares Quiroga zu bewegen. Dennoch war damals und später nicht von einer monarchistischen Restauration die Rede, ja, der junge Don Juan de Burbon, der sich bei General Franco als Freiwilliger meldete, wurde seinerzeit nicht allzu freundlich nach Hause geschickt.

Seither hat sich in Spanien viel gewandelt. Die meisten der monarchistischen Generäle von 1936 sind verstorben oder, durch Herabsetzung der Altersgrenze, verabschiedet worden. Die jüngere Generation der leitenden Offiziere der spanischen Armee ist dem spanischen "Führer" weit mehr ergeben als ihre Vorgänger in der Zeit des spanischen Bürgerkrieges. Andererseits aber gibt es maßgebende Kreise, die in der Monarchie die gegebene und gottgewollte Staatsform sehen. An ihrer Spitze steht die alte Hocharistokratie im Süden und Südwesten. Eine andere monarchistische Richtung mehr volkstümlicher und katholisch-orthodoxer Art stellen die sogenannten Karlisten im Nordwesten Spaniens dar. Sie erkennen aber Don Juan de Burbon nicht als legitimen Anwärter des spanischen Thrones an - einer der Umstände, die es General Franco ermöglichten, der Frage der Restauration der Monarchie

stets ohne heftige Auseinandersetzungen auszuweichen.

Im übrigen aber wurde vor einigen Jahren ausdrücklich festgestellt, daß Spanien ein Königreich ist. Ein besonderes Nachfolgegesetz läßt die Möglichkeit offen, nach dem Ableben des "Führers" den Sohn Don Juans zum König zu proklamieren. Im Sinne dieser Politik wurde dann vor einigen Jahren ein Abkommen geschlossen, nach dem der Sohn Don Juans, der selbst im Exil in Portugal lebt, seine Studien in Spanien absolviert.

In den Beziehungen zwischen General Franco und dem Thronprätendenten hat es in den letzten Jahren Epochen minderen und verbesserten Einverständnisses gegeben. Man kann ohne Übertreibung sagen, daß seit etwa zwei Jahren ein relativ gutes Verhältnis zwischen Franco und den maßgebenden monarchistischen Kreisen besteht.

Die Konstellation in Madrid ist mithin sehr wohl für einen Diplomaten geeignet, den enge verwandtschaftliche Beziehungen mit dem Königshaus verknüpfen und dessen geistige wie politische Grundhaltung durchaus dem heutigen Spanien gemäß ist. Obwohl es im totalitären Spanien natürlich eine einzige und alleinseligmachende Staatspartei, die "Falange" gibt, so ist andererseits auch die Katholische Aktion eine der maßgebenden politischen Kräfte des Landes. Aus ihren Reihen stammt der Außenminister Arzajo; mit ihr ist der Staatschef eng verbunden. Man kann also sagen, daß Adalbert von Wittelsbach in Madrid durchaus in einem ihm genehmen Milieu leben und tätig sein wird.

Eine ganz andere Frage ist es, ob sich, von Deutschland aus gesehen, nicht eine andere Lösung hätte finden lassen, wenn man schon die Ernennung eines Botschafters für unvermeidlich hielt. Eine Lösung, die den freiheitlich-demokratischen Charakter der Bundesrepublik durch die Wahl auch des Vertreters dieser Republik in Madrid sehr deutlich gemacht hätte.

+ + +

Ulbricht : Der Staat bin ich !

E.Z., Berlin 23. Juli

Auf der letzten Ministerratsitzung der DDR begründete Grotewohl nicht nur den Entwurf eines neuen Gesetzes, das die Auflösung sämtlicher Länderregierungen und Landtage zur "Verkürzung des Weges von der Spitze des Staatsapparates bis zur letzten Gemeinde" vorsieht, der Ministerrat beschloß auch, sich selbst ein "Präsidium beim Ministerrat" vor die Nase zu setzen. Beweist schon die Auflösung der regionalen Selbstverwaltungsorgane die ständig wachsende Machtkonzentrierung im Sinne einer extremen Diktatur, so entpuppt sich jenes neue "Präsidium" ganz klar als die Verkörperung oberster Befehlsgewalt, gegen die es keine Berufung gibt.

Während in jedem demokratischen Staate die Struktur der Regierung und deren Befugnisse verfassungsmäßig festgelegt sind, erhält hier also eine oberste Spitze im krassen Widerspruch selbst zu der in der Sowjetzone vorhandenen Verfassung eine uneingeschränkte Allmacht. Übrigens mußte die sogenannte "Volkskammer" bereits am 23. Mai ein Ermächtigungsgesetz annehmen, das den jetzt eingeschlagenen Weg in die formale Diktatur sanktionierte.

Der Sinn der neuen Einrichtung liegt allein darin, zur "Stärkung der Staatsmacht" alle Entscheidungen in die Hand eines einzigen Gremiums, wahrscheinlich sogar eines einzigen Mannes, zu legen. In der amtlichen Verlautbarung über diese dem Anschein nach nur formale Änderung heißt es, die Aufgabe des Präsidiums beim Ministerrat bestehe "in der o p e r a t i v e n Lösung laufender Fragen, die sich aus der Leitung der Volkswirtschaft und der staatlichen Verwaltung ergeben". Diese Formulierung zeigt deutlich, daß hier für das neue Präsidium die Möglichkeit geschaffen wurde, sämtliche Entscheidungen wesentlicher Art an sich zu ziehen, die nach der Verfassung der Regierung als Gesamtheit obliegen. Praktisch läuft dies auf die Degradierung der Regierung und ihrer Minister zu bloßen Befehlsempfängern und Ausführungsorganen des sogenannten "Präsidiums" hinaus.

Es kann kaum einem Zweifel unterliegen, daß die Spitze dieses "Präsidiums" von Ulbricht selbst gestellt werden wird, der so als Generalsekretär der SED, Chef des Politbüros dieser Partei und stellvertretender Ministerpräsident alle Macht in seiner Hand vereinen würde, die die Russen überhaupt einem Nichtrussen zu übertragen bereit sind. Dabei ist es von symbolischer Bedeutung, daß dieser einzige Deutsche russischer Staatsangehöriger ist. Waren bisher die Volkskammer und alle anderen legislativen Organe schon eine Farce, jetzt werden auch die Minister selbst formaljuristisch zu Puppen, die nach Ulbrichts Pfeifetänzen müssen. Die "fortschrittliche Volksdemokratie" wird dann nach der Devise: L'état c'est moi regiert mit dem Unterschied, daß jene absoluten Herren der Vergangenheit oft sehr viel menschenfreundlichere Züge trugen, als ihre modernen Nachfahren.

+ + +

---

 Verantwortlich: Peter Raunau